

Wahlprogramm
Zur Kommunalwahl
2011

„Der Landkreis Celle ist unser Zuhause

Solidarität statt Spaltung“

Revision 6.0 vom 18.07.2011

Aktualisierung unter : www.DieLinke-Celle.de

Chancen und Grenzen linker Kommunalpolitik

„Eigentlich müssten unsere Wahlprogramme immer mit einem kleinen Sternchen oder einer Fußnote versehen werden: „Unser Wahlprogramm steht unter einem Systemvorbehalt.“ Krisen sind im Kapitalismus Teil des Systems und können uns immer wieder unsere hart erarbeiteten Erfolge kaputt machen. Darüber müssen wir alle Wählerinnen und Wählern unbedingt aufklären. Die besten Wahlprogramme können nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns der Kapitalismus erbarmungslos Grenzen setzt, wenn es um eine gerechtere, ökologischere und friedlichere Welt geht.“

Dr. Gesine Löttsch, Parteivorsitzende DIE LINKE, Berlin 2010

Der Landkreis Celle mit seinen Gemeinden, der Stadt Bergen und dem Oberzentrum Celle ist unser Zuhause. Hier erleben wir politische Entscheidungen und ihre Auswirkungen am eigenen Leibe. Seien es ein Schlachthof in Wietze, Abfallgebühren, Verkehrstarife, Kindergartenöffnungszeiten, Schulausstattung, Freizeitangebote, gesundes Wohnumfeld usw. – all das spüren wir unmittelbar vor Ort.

Linke Kommunalpolitik muss daher die berechtigten Interessen der Bevölkerung aufgreifen und Druck machen, dass die Kommunen auch von Bund und Land ausreichende Finanzmittel erhalten, um eine öffentliche Daseinsvorsorge und eine sozialökologische Perspektive zu gewährleisten. Und das so konkret wie möglich. Vier Beispiele mögen das verdeutlichen:

1.) DIE LINKE fordert,

dass alle Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben bzw. kommunalisiert werde. Wasser, Energie, Wohnen, Mobilität, Bildung, Kultur, Gesundheit und vieles andere mehr werden flächendeckend in guter Qualität für alle garantiert.

Die öffentlichen Betriebe werden transparent aufgebaut und demokratisch kontrolliert.

Die Energie- und Wasserversorgung muss ökologisch ausgerichtet und dezentral organisiert sein.

Der ÖPNV muss zurückgeführt werden in die öffentliche Hand.

Keine Finanzierung öffentlicher Einrichtungen (PPP) durch private Investoren.

Der Status der Sparkasse Celle darf nicht angetastet werden.

2.) Die LINKE lehnt die sozial ungerechte Hartz IV-Gesetzgebung entschieden ab und setzt sich stattdessen für eine sozial gerechte Gesellschaft ein.

Es reicht nicht aus, „Hartz IV muss weg!“ zu fordern. Wir müssen zusätzlich dafür sorgen, dass die Folgen von Hartz IV für die betroffenen Menschen zumindest abgemildert werden, zum Beispiel durch einen „Landkreis Celle Pass“ für die Menschen mit wenig Geld zur kostenlosen bzw. stark verbilligten Nutzung kultureller, sportlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen sowie des Öffentlichen Personennahverkehrs, die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), damit die Menschen nicht wieder in „Hartz IV“ abstürzen und die Verhinderung von Wasser-, Strom- und Gasabschaltungen.

3.) DIE LINKE will, dass alle Kinder und Erwachsenen egal, wo sie herkommen und ob sie Behinderungen haben, oder wie die Bildung ihrer Familien war gleichen und freien Zugang zu Bildung haben. Dafür muss es bessere Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene geben, besonders aber in den Kommunen. Deshalb fordern wir:

Dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Integrierte Gesamtschulen (IGS) in Stadt und Landkreis Celle zu gründen; gleichzeitig brauchen wir Druck auf die Landesebene, um die absurd hohen Hürden für die Errichtung von Gesamtschulen zu senken.

4.) DIE LINKE fordert, dass der geplante Strukturwandel hin zur Agrarindustrialisierung der Region sofort gestoppt wird. Die Gefahren der legalisierten Tierquälerei durch Massentierhaltung sind uns bewusst. Fallende Immobilienwerte und sinkende Wohn- und Lebensqualität, sowie der Wegfall von Arbeitsplätzen im Tourismus wären die Folge.

Darum wollen wir die Vielfalt der bäuerlichen Landwirtschaft erhalten, sowie die Weiterentwicklung im Tourismus fördern. Darum hat der Erhalt unseres Aller-Leine-Tals oberste Priorität. Deshalb fordern wir:

- weg von der industrialisierten Massentierhaltung
- kein Schlachthof in Wietze
- keine Mastställe in der Region
- Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft
- keine Förderung der Agrarindustrie und ihrer Lobby
- ethisch und moralisch akzeptable Arbeits- und Ausbildungsplätze mit Arbeitnehmervertretungen
- Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Zu unserem folgenden Programm

„Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit.“ Bertholt Brecht

Was uns leitet

Frauen und Männer haben bei radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeit, von der sie gut leben können, Zeit, im demokratischen Aushandlungsprozess an der Gestaltung eines guten Lebens für alle in der Kommune mitzuwirken.

Unabhängig von Geschlecht, Nationalität und politischer Orientierung betätigen sich alle auch an der Gestaltung humaner Mensch-Mensch- und schonender Natur-Mensch-Beziehungen und entfalten zugleich ihre menschlichen Wesenskräfte.

Die persönliche Entwicklung von Frauen, Männern und Kindern sind in einer solidarischen Kommune untrennbar ineinander verwoben.

Alle Menschen, die sich mit diesen Zielen identifizieren, sind aufgerufen sich an der Weiterentwicklung der Ziele und deren Umsetzung zu beteiligen, sich mit uns aktiv für einen lebenswerten und solidarischen Landkreis, Städte und Gemeinden einzusetzen, und diesmal bei den Kommunalwahlen drei Kreuze (X X X) für DIE LINKE zu machen.

Inhaltsverzeichnis des Programms

Die Gewährung von Chancengleichheit muss früh beginnen	7
Offene Kinder- und Jugendarbeit	8
Familien- und Jugendpolitik „Kinder haben Rechte“	9
Kommunale Bildungspolitik	10
Kommunale Sportpolitik	12
Alt werden in Würde	13
Gleichstellung	14
Migration und Integration	16
Bleiberecht	17
Integrationspolitik und Städtepartnerschaft	18
Die Linke fühlt sich dem Antifaschismus verpflichtet!	19
Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik	20
Wirtschaftsförderung	21
Beschäftigungspolitik	22
Veränderung an Wehrstandorten „Zivile Nutzung aktiv fördern“	23
Von Arbeit müssen Menschen leben können	25
Demokratie in den Betrieben	27
Soziales	28
Finanzen	29
Kommunale Bürgerhaushalte fördern	29
Energie	34
Zum Schluss	41

Die Gewährung von Chancengleichheit muss früh beginnen

Die ersten Lebensjahre sind besonders wichtig für die Ausbildung von kognitiven und emotionalen Fähigkeiten eines jeden Menschen. Deshalb haben die Kinder ab dem frühen Lebensalter ein Recht auf emotionale Zuwendung und altersgerechte Anreize für die Entwicklung der in ihnen liegenden Fähigkeiten.

DIE LINKE tritt für den Rechtsanspruch des Kindes auf ein kostenfreien Krippen / Kita-Platz ein. Dafür ist ein flächendeckendes Angebot für Krippen / Kita-Plätze von den Kommunen zu gewährleisten.

Für DIE LINKE sind Kitas aber keineswegs Verwahranstalten für berufstätige Eltern, sondern sie haben als kindgerechte Bildungsstätten ihren eigenen Wert für die Entwicklung der Kinder. Sie sind der Ort, an dem sie sprachliche und soziale Kompetenzen im Zusammensein mit anderen Kindern schon früh entwickeln können.

Kindertagesstätten sollen die Kinder nicht nur betreuen, sondern ihnen ein entwicklungsförderndes Umfeld bieten. Sie sollen zudem die Eltern unterstützen und fördern sowie die Kooperation zu anderen Bildungseinrichtungen – wie etwa der Grundschule – pflegen.

Ausbau der Kitas zu Familienzentren. In den Familienzentren sollen die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit unterstützt werden und es soll ihnen ein Austausch untereinander ermöglicht werden.

Die Qualifikation / Ausbildung des Personals in den Kindertagesstätten muss durch häufigere Weiterbildungsmaßnahmen, durch Supervisionsmöglichkeiten und Zusatzqualifikationen angehoben werden, damit es den hohen Anforderungen der Tätigkeit gerecht werden kann. Der Krippenbereich ist unterentwickelt. Landesweit steht nur für jedes achte Kleinkind ein Krippenplatz zur Verfügung, die drei Landkreise mit der bundesweit niedrigsten Quote an Krippenplätzen kommen aus Niedersachsen. Gegen diesen Missstand wird DIE LINKE ankämpfen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Offene Kinder- und Jugendarbeit ist Bildungsarbeit und dementsprechend eine Pflichtaufgabe des Staates. Kommunen haben ausreichend Jugendzentren, Jugendtreffs und Spielparks bereitzuhalten. Die Öffnungszeiten, die Ausstattung und die Finanzmittel sind bedarfsgerecht zu gestalten. Die Konzepte sind regelmäßig auf ihre Aktualität zu überprüfen. Moderne Medienarbeit, spezielle Mädchenangebote und die Förderung benachteiligter Gruppen sollten in jeder Einrichtung selbstverständlich sein.

DIE LINKE fordert:

Personell sind die Einrichtungen mit qualifizierten und entsprechend ausgebildeten MitarbeiterInnen auszustatten. Bewährt hat sich in vielen Einrichtungen eine Mischung aus staatlich anerkannten SozialpädagogInnen und ErzieherInnen.

Auf Grund der möglichst früh beginnenden Beziehungsarbeit (in der Praxis besuchen teilweise schon 8-Jährige die Einrichtungen) sind die Personalplanungen langfristig anzulegen. Befristete Arbeitsverhältnisse können nur in Spitzenzeiten wie Projektwochen oder Ferienprogrammen als Unterstützung die Ausnahme sein.

Für vernetzte Angebote mit Schulen und anderen Einrichtungen muss genügend Raum sein. Supervision und der Austausch mit parallel arbeitenden Fachkräften wie zum Beispiel Streetworkern oder den an Schulen beschäftigten Lehrkräften, sollten die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Die Besoldungsgruppe der Angestellten muss wegen der extremen Arbeitsbelastung und der Arbeitszeiten, die hauptsächlich nachmittags bis in den späten Abend hinein liegen, manchmal sogar in einer Art „Schichtbetrieb“ stattfinden, dementsprechend hoch sein.

Selbstverwaltung soll, soweit es jeweils möglich ist, gefördert werden. Dieses kann, je nach Bedarf, innerhalb der Einrichtungen geschehen, aber auch die Unterstützung und Finanzierung externer, unabhängiger Jugendzentren beinhalten.

Familien- und Jugendpolitik „Kinder haben Rechte“

Die Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen, ist gestiegen. Diese Kinder spüren dies, weil sie im alltäglichen Leben ihre Lebensbedingungen mit denen ihrer Spielgefährten ständig vergleichen. Wenn Eltern z. B. einen Sportverein nicht bezahlen können, führt dies zur Erfahrung der sozialen Diskriminierung schon im frühesten Alter. Die gegenteilige Erfahrung von Privilegierung durch Herkunft gefährdet die soziale Entwicklung und fördert Elitedenken.

DIE LINKE stellt fest:

Kinder brauchen unabhängig vom Einkommen der Eltern gleiche Entwicklungschancen und Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Aber Kindergeld und Freibeträge sind immer noch viel zu niedrig, um wenigstens das Existenzminimum zu sichern.

Der Niedersächsische Landtag hat mit der CDU-FDP-Mehrheit das niedersächsische Spielplatzgesetz, das ein Recht auf einen Spielplatz innerhalb einer Entfernung von 400 Metern vorsah, abgeschafft. DIE LINKE wird sich in den Kommunen dafür einsetzen, dass dessen ursprünglicher Inhalt bei den Planungsentscheidungen Berücksichtigung findet.

Kinder haben das Recht auf Schutz vor missbräuchlicher Gewalt, auch gegenüber den Eltern. Soziale Not, Schicksalsschläge und Familienkonflikte entladen sich mitunter auch in Gewalt, was bis zu Kindesmisshandlungen führen kann. Dies ist aber auch Ausdruck der herrschenden sozialen Brutalität in der Gesellschaft, in der u. a. die Eltern/-Teile allein gelassen werden bei der Entwicklung ihrer Kinder und diese zur ihrer Privatsache erklärt werden.

DIE LINKE setzt sich für eine Qualifizierung der Arbeit der Jugendämter und für ihre bessere personelle Ausstattung ein. Die Jugendämter der Kommunen sollten verstärkt darum bemüht sein, den Erziehungsberechtigten die Möglichkeiten der "Hilfe der Erziehung" nahezubringen.

Die Kommunen sind verpflichtet alle Möglichkeiten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) auszuschöpfen. Der Schwerpunkt sollte auf niederschweligen Angeboten liegen wie Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit und ambulanten Hilfen. Die Arbeit der Kinderschutzingen ist zu unterstützen.

Kommunale Bildungspolitik

Bildung ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten, barrierefreien Lebens. DIE LINKE will eine lebendige und solidarische Gemeinschaft, in der die Menschen sich mit gegenseitigem Respekt begegnen. Für lebendige Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung brauchen wir eine gute Bildung, damit wir uns auch kreativ-kritisch einmischen können. Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben.

DIE LINKE will, dass alle Kinder und Erwachsenen – egal, wo sie herkommen und ob sie Behinderungen haben, wie die Bildung ihrer Familien war - gleichen und freien Zugang zu Bildung haben. Dafür muss es bessere Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene geben, besonders aber in den Kommunen.

Heute bestimmen oft der Geldbeutel und der Geburtsort die Bildungschancen in Niedersachsen. Selbst bei gleicher schulischer Leistung ist die Chance für ein Kind aus einem Akademiker-Haushalt 5,8-mal so groß auf ein Gymnasium zu gehen wie für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Deshalb finden wir an Gymnasien nur 4,4 % Kinder aus Hartz-IV-Familien, während ihr Anteil an Hauptschulen 28,1 % und an Förderschulen sogar 43,8 % beträgt. In keinem Bundesland werden so viele Kinder mit besonderem Förderbedarf auf die Förderschule abgeschoben, nämlich 93,7%, und damit aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

Zudem sind die Abiturquoten in ländlichen Gegenden erheblich niedriger als in Städten.

DIE LINKE streitet für längeres gemeinsames Lernen in Niedersachsen – wohnortnah, barrierefrei und kostenfrei. Wir sind gegen elitäre Abschottung und Bevorzugung der reichen Bevölkerungsschichten.

In der Schulpolitik der Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Integrierte Gesamtschulen (IGS) in Stadt und Landkreis Celle zu gründen; gleichzeitig brauchen wir Druck auf die Landesebene, um die absurd hohen Hürden für die Errichtung von Gesamtschulen zu senken, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung zur Regel wird („inklusive Unterricht“).

Kinder mit besonderem Förderungsbedarf werden so gefördert, wie sie es benötigen. Es muss eine kostenfreie und warme Mittagsverpflegung an den Schulen geben.

Ein Sachmittelfond soll eingerichtet werden, aus dem zusätzliche Schulausgaben für finanziell benachteiligte Familien bezahlt werden können.

Die Hartz-IV-Regelsätze sind vollkommen unzureichend, Familien knapp über der Bemessungsgrenze brauchen ebenso Hilfe für Kopierkosten, Schulranzen, Turnschuhe und so weiter.

Es ist notwendig, dass:

- die Schülerbeförderung auch nach der Sek I kostenfrei ist.
- Schulsozialarbeiter in sicheren Beschäftigungsverhältnissen an allen Schulformen je nach Bedarf beschäftigt werden. Darüber hinaus sollen die Kommunen auf das Land einwirken, dass eine bedarfsgerechte Anzahl auch an SchulpsychologInnen zur Verfügung steht.
- das Angebot an Ganztagschulen ausgebaut wird, in denen der Unterricht sinnvoll über den Tag verteilt wird und Hausgaben in der Schule gemacht werden können. Freizeit wird erst dann zu wirklich freier Zeit. Deshalb wollen wir gebundene Ganztagschulen und nicht die Billig-Variante mit Nachmittagsbeschäftigung.
- trotz des Rückgangs der SchülerInnenzahlen wohnortnahe Grundschulen erhalten bleiben, damit die GrundschülerInnen nicht zu FahrschülerInnen werden – kurze Beine, kurze Wege.

Aber auch die Rahmenbedingungen von Schule müssen stimmen. Die Schulgebäude müssen auch nach dem Auslaufen der Fördermittel aus dem Konjunkturpaket weiter mit Vorrang barrierefrei saniert werden. Wir wollen schülerfreundlich ausgestattete barrierefreie Schulwege durch Tempo-30-Zonen mit Fußgängerüberwegen und klar erkennbaren Radfahrspuren.

Ebenso müssen die Beschäftigungsbedingungen stimmen. DIE LINKE lehnt den Einsatz von Ein-Euro-Kräften an Schulen ab, ebenso wie die immer häufigere Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern mit schlecht bezahlten Zeit- und Werkverträgen ohne Gehaltszahlung in den Ferien.

Wir wehren uns gegen das Vordringen privater Finanzinvestoren im Bildungsbereich. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Sie muss zu kritischem Nachdenken und Infragestellen befähigen. Dafür muss sie unabhängig sein, vor allem von wirtschaftlichen wie auch von politischen Interessen. Die Öffnung von Schule für wirtschaftliches Gewinnstreben (unter anderem auch sog. PPP-Projekte) ist mit der LINKEN nicht zu machen.

In einer lebendigen Kommune ist die Schule keine losgelöste Insel, sondern sie ist eingebunden in ein Gesamtkonzept, in dem die Jugendlichen ausreichend Freizeitangebote und Unterstützungsmöglichkeiten finden, sich ausprobieren und in Berufsfelder hinein schnuppern können. DIE LINKE sieht die regionale Wirtschaft in der Pflicht, eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Schule und Wirtschaft müssen kooperieren, um Jugendlichen rechtzeitig Berufsorientierung anzubieten. Das Angebot von ausschließlich schulischen Ausbildungsgängen muss ergänzend organisiert werden.

Die Fort- und Weiterbildung unterliegt vorwiegend den Kräften des freien Marktes. Zahlreiche Menschen haben deshalb nicht die finanziellen Möglichkeiten, diese Angebote in Anspruch zu nehmen, wenn sie sich entweder berufsorientiert oder „zweckfrei“ weiterentwickeln wollen. DIE LINKE will kostenfreie Bildung von der KiTa bis zur Weiterbildung auch für Menschen mit Behinderungen von Anfang an. Eine der Voraussetzungen dafür ist eine strikte barrierefreie Zugänglichkeit. In den Kommunen setzen wir uns daher dafür ein, dass öffentliche Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen ausreichend gefördert werden. Auch hier darf es keine unwürdigen Beschäftigungsverhältnisse geben. Die örtliche Bibliotheken und Kultureinrichtungen müssen gestärkt werden und durch spezielle Tarife auch für finanziell Schwache attraktiv und erschwinglich sein.

Kommunale Sportpolitik

Sport ist Ausdruck der Selbstverwirklichung der Menschen und bedeutet Erhaltung und Festigung der Gesundheit. Sport fördert Sozialkompetenzen und ist Bestandteil einer ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit.

Wir verfolgen das Ziel, das Sporttreiben für alle, die es wünschen, zu ermöglichen.

Eine besondere Bedeutung messen wir dem Freizeit- und Breitensport sowie dem Kinder- und Jugendsport bei.

Kommunalpolitisch kommt es darauf an, die begrenzten Mittel für die Förderung des Kinder-, Jugend-, und Breitensportes zu verwenden und nicht zuzulassen, dass Vereine, die im Profisport aktiv sind, gegenüber anderen Vereinen bevorzugt werden.

Wir fordern,

- in Zusammenarbeit mit den örtlichen gemeinnützigen Sportvereinen einen Sportstättenentwicklungsplan aufzustellen, vorhandene Sportflächen und –stätten (einschließlich der Schwimmbäder) zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen,
- zweckentfremdete Nutzung oder Privatisierung von kommunalen Spielplätzen, Sportflächen, Sporthallen und Schwimmbädern zu verhindern,
- eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit sowie vielfältige und flexible Nutzung der Sportstätten zu ermöglichen,
- Sportvereine, -gruppen und -initiativen, insbesondere mit einem hohen Anteil von Kindern, Jugendlichen und/oder sozial schwachen Mitgliedern, kontinuierlich finanziell zu fördern und die vielen Übungsleiter zu unterstützen, die Woche für Woche Jungen und Mädchen trainieren und zu Wettkämpfen begleiten,
- Barrieren im Sport abzubauen und besonders den Behindertensport zu fördern,
- im Rahmen eines Sozialpasses Erwerbslosen und Menschen mit geringem Einkommen sportliche Aktivitäten gegen geringes Entgelt zu ermöglichen, z. B. Vereinsbeiträge zu bezuschussen.

Alt werden in Würde

Die Städte und Gemeinden im Landkreis Celle ermöglichen älteren Menschen ein aktives und selbstbestimmtes Leben.

Die Pflegeheime im Landkreis Celle sind sämtlich privatisiert, mit der Ausnahme des Pflegeheims in Winsen. Private Heime werden gewinnorientiert geführt, was zu Lasten der Qualität geht und zu Lohndumping führt. Aber auch Pflegeheime in kommunaler oder gemeinnütziger Trägerschaft sind personell zu knapp ausgestattet, der Betrieb wird oft durch Einsatz von nicht fachlich qualifizierten, manchmal sogar durch 1-Euro-Kräfte oder Beschäftigten in der Bürgerarbeit aufrechterhalten.

Wir fordern,

- die Einrichtung weiterer Pflegestützpunkte zur Beratung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen
- den Verbleib des Altenpflegeheim Winsen in kommunaler Trägerschaft
- ausreichende Angebote zur Kurzzeitpflege für die Entlastung von pflegenden Angehörigen
- eine Überwachung der privaten Pflegedienste durch das Gesundheitsamt
- ausreichende Einrichtungen für Senioren in den Stadtteilen mit Angeboten zu sportlichen, kulturellen und gemeinschaftlichen Aktivitäten.

Gleichstellung

Gleiche Entwicklungschancen für Frauen

Frauen verdienen noch heute ein Viertel weniger als Männer, weil sie aufgrund eines immer noch vorherrschenden traditionellen Familienbildes vornehmlich auf Branchen verwiesen werden, in denen generell schlechter bezahlt wird. Darüber sind Frauen auf Teilzeit angewiesen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Über 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, von denen ein Drittel mit ihren Kindern in Armut lebt. Neben der Betreuung und Erziehung von Kindern ist auch die Pflege von Angehörigen meist „Frauensache“ und schränkt Frauen in ihrer Lebensgestaltung ein, d.h. die Entscheidung für die Familie lässt sie entweder abhängig oder arm bleiben. Dies wirkt sich bis ins Rentenalter aus. Noch zusätzlich benachteiligt sind Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund.

Zu kritisieren ist nach wie vor, dass Spitzenpositionen zumeist von Männern besetzt sind, obwohl viele Frauen über entsprechende Qualifikationen verfügen. Deshalb müssen Frauen selbst politischen Einfluss gewinnen. DIE LINKE steht daher für die Quotierung aller Ämter und Mandate von mindestens 50 Prozent. Wir verstehen die Quotierung nicht nur als Selbstverpflichtung, sondern auch als einen Weg zur gleichberechtigten Teilnahme an allen gesellschaftlichen Entscheidungen.

Wir fordern

- Frauen müssen stärker in die kommunalen Entscheidungen einbezogen werden
- die Einstellung von Frauenbeauftragten in allen Städten und Gemeinden des Landkreises Celle
- den Erhalt bestehender Frauenprojekte
- Familienarbeit und die „Arbeit am Menschen“ muss gesellschaftlich aufgewertet und entsprechend bezahlt werden
- Die Übernahme von Verhütungskosten durch den Landkreis für Menschen aus dem SGB II und SGB XII Bereich.

Gesellschaftlich nimmt trotz guter überregionaler Aktionen die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen und Lesben wieder zu.

Besonders schwer, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden, haben es intersexuelle Menschen und Transgender. Der Zwang in unserer Gesellschaft, sich eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen, führt zu einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und Akzeptanz.

DIE LINKE tritt für eine umfassende Verhinderung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgendern ein. Das „Verbot“ von Diskriminierungen ist hierzu nur bedingt tauglich. Vielmehr gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, insbesondere junge Menschen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen zu unterstützen und damit ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Diskriminierungen nicht mehr möglich sind.

Wir fordern

- Jede/Jeder muss das Recht haben, frei über ihr/sein Sexualleben zu entscheiden
- Unterstützungsangebote für schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche
- Alle Menschen im Landkreis Celle sind unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung gleichberechtigt.

Migration und Integration

„DIE LINKE in Celle steht für eine Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbst bestimmtes Leben ohne Diskriminierung ermöglicht. Integration bedeutet für uns nicht Assimilation, sondern Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe.“

Ein nicht unerheblicher Teil der im Landkreis Celle lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Das heißt, dass diese Menschen selbst oder mindestens ein Elternteil nach Deutschland eingewandert sind. DIE LINKE sieht ihren Auftrag darin, Bedingungen zu schaffen, damit alle hier lebenden MigrantInnen sozial und rechtlich gleichgestellt werden. Das soziale und politische Umfeld muss so gestaltet sein, dass gutes Zusammenleben gelingen kann.

Den größten Anteil dieser Menschen mit Migrationshintergrund machen kurdische Eziden (ca. 8000) aus. Damit ist diese Gemeinschaft die größte Gemeinde außerhalb ihrer Herkunftsregion und damit einzigartig in Deutschland. Das bedeutet eine besondere Verantwortung und Herausforderung für die Zivilgesellschaft, Verwaltungen und kommunalen Gremien.

Integrationsarbeit muss an den sozialen Problemen und an der Ausgrenzung der MigrantInnen durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft ansetzen.

Integration ist aus unserer Sicht keine Leistung, die in erster Linie die MigrantInnen zu bringen haben. Integration erfordert vor allem auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft die Bereitschaft, MigrantInnen und kulturelle Vielfalt zu respektieren und wertzuschätzen.

Der Respekt vor der Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen und die gezielte Förderung der Herkunftssprache ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. Kinder mit Sprachschwierigkeiten müssen das Recht auf eine umfassende Förderung bekommen.

Es muss endlich Schluss sein mit dem Abschieben von Kindern mit Migrationshintergrund in Sonder- und Hauptschulen!

Der wichtigste Ort für Integration ist aus unserer Sicht der Ort, an dem die Menschen leben, arbeiten, lernen und ihre Freundschaften und Bekanntschaften pflegen: Integration muss in den Kommunen, in den Stadtteilen, in den Betrieben, in den Schulen, in den Gesundheitseinrichtungen stattfinden.

Für eine interkulturelle Öffnung der Gesellschaft

Viele Behörden und soziale Einrichtungen haben sich aber noch zu wenig damit auseinandergesetzt, dass wir in einem Land mit vielen Kulturen, Sprachen und Gewohnheiten leben. Oft werden Probleme, die eher sozialer Art sind, dem „zu hohen Ausländeranteil“ in die Schuhe geschoben (z.B. zu große Schulklassen, verarmte Stadtteile usw.).

DIE LINKE will, dass Diskriminierung und strukturelle Ausgrenzung in den verschiedenen Lebensbereichen – Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Zugang zu Bildung usw. – noch stärker bekämpft werden. Antidiskriminierungsarbeit und Initiativen gegen Rassismus müssen gestärkt werden.

Bleiberecht

Auch die Kommunen tragen die Verantwortung dafür, wie in ihrem Verantwortungsbereich mit Menschen umgegangen wird. In den Kommunen können und müssen Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternommen werden. Weil nur eine Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommune Flüchtlinge vor rechten Übergriffen und Abschiebung schützen kann, unterstützt DIE LINKE die Arbeit von Nachbarschaftsinitiativen und lokalen Asyl-Freundeskreisen.

Integrationspolitik und Städtepartnerschaft

Die Vielfalt von Teilkulturen und ihre Begegnung müssen als Bereicherung begriffen werden. Ein wesentlicher Bestandteil städtischer Kulturpolitik ist daher auch die Kulturarbeit der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Hierzu zählt auch die Schaffung und nachhaltige Unterstützung kultureller Begegnungsstätten (z.B. Ezidisches Kultur-Zentrum / EKZ) als Treffpunkt für Menschen unterschiedlichster Herkunft als Teil des Integrationsangebotes und interkulturellen Austauschs in einer Stadt.

Städtepartnerschaften sind zu pflegen und auszubauen. Sie sollen in erster Linie Anlässe für die Begegnung und den Austausch der EinwohnerInnen der beteiligten Kommunen geben und nicht als repräsentative Honoratiorentreffpunkte ausgestaltet werden.

Den größten Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Celle und Stadt Celle machen kurdische Eziden (ca. 8000) aus. Damit ist diese Gemeinschaft die größte Gemeinde außerhalb ihrer Herkunftsregion und damit einzigartig in Deutschland.

DIE LINKE in Celle fordert deshalb die baldige Aufnahme einer offiziellen Städtepartnerschaft mit Batman (Provinz- und Provinzhauptstadt in Südosttürkei/Kurdistan).

Wir unterstützen die Gründung eines Vereines zur Förderung dieses Städtepartnerschaft-Gedankens.

Die Linke fühlt sich dem Antifaschismus verpflichtet!

Antifaschismus heute erfordert:

- über das Verbrechen Faschismus aufzuklären und dem Neofaschismus und seiner Verharmlosung entgegenzutreten
- historische Erfahrungen zu bewahren und Geschichtsrevisionismus zurückzuweisen
- Kampf gegen Militarisierung und Krieg
- die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten
- gegen Rassismus und Antisemitismus aktiv vorzugehen
- soziale Rechte zu verteidigen und den Sozialabbau zu stoppen.

Die Linke setzt sich für das Zusammengehen in breiten Bündnissen mit anderen Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Gruppen und Initiativen und anderen Parteien, die ebenso den Antifaschismus befürworten ein.

Die Linke fordert weiterhin ein Verbot der NPD und anderer rechts radikaler Organisationen.

Eigentlich sind alle nazistischen Organisationen nach GG Art. 139 verboten, dieses Verbot müsste nur durchgesetzt werden. Denn diese Gruppen bekennen sie klar zum Faschismus und dieser ist keine Meinungsäußerung sondern ein Verbrechen. Die NSDAP, SS und ähnliche Gruppen und dessen Ideologie sind auch nach den Alliierten Kontrollratsbeschlüssen (siehe GG 139) verbrecherisch!

Die Linke fordert ein Abschalten aller Verfassungsschutzagenten in den Nazismus verbreitenden Organisationen. Über diese werden zum Teil jene Organisationen finanziert und personell gestärkt.

Die Linke unterstützt und fördert Demonstrationen und Aktionen gegen rechtsradikale Gruppen!

Die Linke arbeitet selbstverständlich aktiv im „Celler Forum gegen Rechteextremismus und Gewalt“ mit.

Die Linke hilft mit, dass möglichst keine rechtsradikalen Parteien in die Parlamente kommen, egal ob in der Kommune, im Land oder in der Republik. Auch hier gilt, keine Steuergelder für neonazistische Parteien und Wählergruppen.

Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in den Kommunen spürbar, ihre Folgen kommen in den Kommunen aber auch zeitlich verzögert an. Der kurze wirtschaftliche Aufschwung in 2008 hatte Luft für angemessene Tarifabschlüsse gegeben. Die in der zweiten Jahreshälfte 2008 einsetzende Wirtschaftskrise hat viele Arbeitsplätze gekostet, das Schlimmste konnte noch durch Konjunkturprogramme und Kurzarbeit abgewendet werden, auch wenn diese Maßnahmen unzureichend waren.

Der durch den niedrigen Euro-Kurs stimulierte Aufschwung der Exportwirtschaft Anfang 2010 konnte die grundlegenden Probleme des Arbeitsmarktes aber nicht beheben: Das sind Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, zeitliche Befristungen, Teilzeitarbeit mit 10- oder 20-plus-Verträgen, Befristungen und Scheinselbstständigkeit. Davon sind besonders Frauen betroffen. Neue Arbeitsplätze gibt es allenfalls durch prekäre Arbeitsverhältnisse. Abhängig Beschäftigte haben oft Zweit- oder Drittjobs. Mit den notwendigen Fahrtzeiten bleibt dann wenig Zeit für sich selbst, die Familie oder das Ehrenamt.

Die Erwerbslosenzahlen nehmen bei Jugendlichen, Ausländerinnen und Ausländern und Menschen mit Behinderungen dramatisch zu. Jugendliche haben ohne Ausbildung oder nach der Ausbildung kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz, Ausländerinnen und Ausländer erleben eine Verschärfung der nicht fassbaren Ausgrenzung, Menschen mit Behinderungen geraten gerade durch immer niedrigere Beschäftigungsquoten an den Rand.

Durch die Kürzungen der Personalbudgets im öffentlichen Dienst erleben die Beschäftigten dort eine Verschärfung ihrer Situation. Zum Konzept „schlanke Verwaltung“ werden jetzt Kürzungspakete „vergeben“.

Überlastanzeigen sind zur Tagesordnung geworden. Regierungsvorhaben der Bundes- und Landesebene für Umstrukturierungen und Standortschließungen nehmen keine Rücksicht auf die Arbeitsplatzsituation in der Region, betroffen sind die Kommunen.

Vorrangiges Ziel der kommunalen Wirtschaftspolitik der LINKEN ist der Erhalt von bestehenden und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. DIE LINKE steht für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die existenzsichernd und sozialversicherungspflichtig sind und dafür, dass Tarifverträge bestehen und auch eingehalten werden.

Generell fordern wir einen Mindestlohn von 10 € pro Stunde als unterste Einkommensgrenze.

Wirtschaftsförderung

Im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung möchten wir gesichert wissen, dass die Bereitstellung öffentlicher Gelder oder Preisnachlässe bei Grundstücksverkäufen an Bedingungen geknüpft wird, die für die Allgemeinheit nützlich sind. Dazu gehören die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, die tarifliche Bindung, der vertraglichen Zusicherung bestimmte Arbeitsplätze zu schaffen, die Frauenförderung und Garantien für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen. Auch die Einhaltung ökologischer Standards muss in Wirtschaftsförderungsentscheidungen vertraglich abgesichert werden.

Wir treten für eine Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe ein, auch um Kapitalkonzentration entgegenzuwirken, bestehende kleine und mittlere Unternehmen zu stärken und durch bedarfs- und gebrauchswertorientierte Politik, Ressourcen und die ökologischen Systeme zu schonen. Die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe kann Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Der Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe macht viele Transportwege

überflüssig. Regionale Wertschöpfungsketten binden Kaufkraft und Kapital in der Region. Der Aufbau von wirtschafts- und technologischen Kompetenzzentren ist zu unterstützen.

Existenzgründungen sind zu fördern. Neben Wagniskapital benötigen Existenzgründerinnen und -gründer vor allem Qualifikation, Kontakte und eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur. Hier können kommunale Gründer- und insbesondere Gründerinnenzentren hilfreich sein, die jungen Unternehmen preisgünstig Räume, Bürodienstleistungen und andere Infrastrukturleistungen anbieten. Die Organisation von Gesprächsforen, Wirtschaftstagen und lokalen Messen kann helfen, neue Kontakte zu vermitteln.

Um die Ausbildungsmisere zu bekämpfen, treten wir dafür ein, dass die Kommunalverwaltungen und kommunal beeinflusste Unternehmen vermehrt Ausbildungsplätze anbieten.

Beschäftigungspolitik

DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle mit Arbeitszeitverkürzung – selbstverständlich bei vollem Lohnausgleich.

Innerhalb der JOB-Center, sollten die kommunalen Entscheidungsträger auf eine Beschäftigungspolitik drängen, die menschenunwürdigen 1-EURO-Jobs ausschließen und stattdessen die Möglichkeiten der Arbeitshilfe zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten (AUA) nach § 16(3) S.1 SGB II (Arbeitsgelegenheiten mit Arbeitsvertrag) auszuschöpfen und so Langzeitarbeitslose in den Arbeitsprozess zu integrieren. Vorrangig sind Maßnahmen, die Qualifikationen von Erwerbslosen erhalten und erweitern, zu finanzieren.

Der Aufbau und die Unterstützung „sozialer Betriebe“ kann sinnvoll sein, wenn diese Betriebe nicht durch immer strengere Selbstfinanzierungsaufgaben gezwungen werden, ihre ursprünglichen Zielgruppen (z. B. Langzeitarbeitslose, Frauen nach der Familienphase) auszugrenzen.

Regionale Zukunftsinvestitionsprogramme sollten mit den regionalen Arbeitsmarktakteuren insbesondere den Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräten und Erwerbsloseninitiativen entwickelt werden.

Bei Standortschließungen in der Rüstungsindustrie und bei der Bundeswehr sind Konversionsfonds zu bilden, die übergreifend in der Region und auf Landes- und Bundesebene zusammenarbeiten müssen. Die Qualifikation der Beschäftigten in diesen Bereichen ist vielseitig verwendbar.

Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung müssen selbstverständlich in der Kommune gelebt werden. DIE LINKE unterstützt deshalb die Personalräte und Betriebsräte bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und wird darauf drängen, dass in öffentlichen Unternehmen und Betrieben mit kommunalem Einfluss weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Besondere Förderung verdienen demokratische Organisationsformen in der Wirtschaft, z. B. Genossenschaften. In dem sogenannten 3. Sektor der Wirtschaft (Genossenschaften, Vereine, Verbände, Stiftungen etc.) werden soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben erfüllt und neue Potenziale für zusätzliche Beschäftigung geschaffen.

Berechtigte Tarifforderungen für den öffentlichen Dienst werden in den Räten von der LINKEN unterstützt.

Veränderung an Wehrstandorten „Zivile Nutzung aktiv fördern“

"Die Bundeswehr hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt und übernimmt immer mehr Verantwortung bei Auslandseinsätzen. Niedersachsen bietet mit seinen militärischen Seehäfen, Flughäfen und Truppenübungsplätzen für diese Herausforderungen besonders gute Bedingungen. Darum sollte die Bundesregierung unsere Standorte eher stärken."(Bundespräsident Wulff).

Das sehen wir anders.

Als aktive Friedenspartei unterstützt DIE LINKE alle Schritte konkreter Abrüstung.

Wir registrieren aber auch, dass Kommunen und Landkreise von den Standortentscheidungen stark betroffen sind. Die betroffenen Kommunen erleiden erhebliche wirtschaftliche Nachteile.

Wegen der tiefgreifenden arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Einschnitte ist ein Konversionsprogramm der Bundesregierung zwingend notwendig.

Die regionalen Akteure müssen die zivile Nutzung der Standorte aktiv steuern.

Probleme, aber auch neue Chancen

Wir sollten neben den Problemen auch die Chancen des Truppenabbaus sehen und uns auf die praktischen Erfahrungen der "ersten Konversionswelle" beim Truppenabzug der Alliierten Anfang der 90er Jahre stützen. Oftmals verwenden die betroffenen Kommunen ihre Kräfte viel zu lange und meist erfolglos auf den Erhalt der militärischen Präsenz. Erfolgreicher ist es, den Abzug der Streitkräfte als Herausforderung und besondere Form des Strukturwandels zu betrachten. Nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen und die Kaufkraft vor Ort erhalten werden. Konversion kann wichtige Impulse für die regionalökonomische und städtebauliche Entwicklung geben. Die regionalen Akteure müssen die zivile Nutzung der Standorte aktiv steuern und die Landesregierungen sollten diese Maßnahmen flankieren.

Die betroffenen Kommunen müssen durch die Beratung zu einzelnen Arbeitsschritten und die Begleitung von Projekten, die Erstellung von Gutachten zur Vorlage bei den Fördermittelgebern und Kreditinstituten, die Erarbeitung von Handlungsoptionen sowie die Durchführung von Workshops und Informationsveranstaltungen beim bevorstehenden Konversionsprozess unterstützt werden.

Ein einzurichtendes Konversionszentrum Celle sollte den nun betroffenen Kommunen vorrangig:

- den Dialog aller Interessensgruppen ermöglichen, um möglichst reibungslos Ergebnisse zu erzielen, die für alle Beteiligten tragbar sind,
- mögliche Optionen für die neue Nutzung an die bereits bestehende kommunale bzw. regionale Wirtschaftsstruktur zu knüpfen,
- Ansprechpartner in der Landes- und Bundespolitik zu suchen, um Unterstützung für die Projekte zu finden,
- den Erfahrungsaustausch zu organisieren und sich mit anderen betroffenen Kommunen zu vernetzen.

Von Arbeit müssen Menschen leben können

Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektor als eine Alternative zur Massenarbeitslosigkeit

Es stehen deutlich weniger existenzsichernde Arbeitsplätze zur Verfügung, als es Arbeitssuchende im Landkreis Celle gibt. Die Ausbreitung des Niedriglohnbereiches zwingt die Beschäftigten, zusätzlich Aufstockerleistungen beantragen zu müssen. Das schwächt zusätzlich die Kaufkraft und damit das Klein- und Mittelgewerbe. Auch die öffentlichen Kassen werden geschädigt. Hier muss gegengesteuert werden.

Viele Bereiche der „Dienste am Menschen“ werfen keinen Profit ab und werden deshalb durch die Privatwirtschaft nicht abgedeckt. Hier kann und muss die Versorgung durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gesichert werden.

Es hat sich ein erheblicher Niedriglohnbereich herausgebildet, der auch über Hartz IV-EmpfängerInnen hinaus Menschen in eine prekäre oder zumindest sehr eingeschränkte Lebenssituation bringt. Dies gilt auch für die Bürgerarbeit, die seit Anfang 2011 durch die Bundesregierung gefördert wird.

Das lehnt DIE LINKE ab!

Wir setzen uns für Zusammenführung der Wirtschaftsförderung des Landkreis Celle und der Kommunen im Landkreis unter dem Dach einer Institution ein. Wir wollen durch eine nachhaltige Ansiedlungspolitik und einer Gründeragentur nach dem Vorbild Berlins (One-Stop-Agency) die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Wir fordern:

- Den Aufbau eines kommunalen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) mit sozialversicherungspflichtigen auskömmlichen Arbeitsplätzen. Bei der Neuorganisation des Job-Centers sollte auf eine wirkungsvolle kommunale Eingriffsmöglichkeit geachtet werden, um in dem Landkreis Celle einen ÖBS aufzubauen. Dazu sollen die bisher für sogenannte 1-Euro-Jobs und Bürgerarbeit verwendeten Mittel eingesetzt werden
- Die Errichtung eines kommunalen Betriebes, der als Dach- und Auffangbetrieb Projekte für notwendige Soziale Dienstleistungen sicherstellt
- kommunale Planung und Sicherstellung der notwendigen Angebotspalette
- am Bedarf orientierte finanzielle Existenzsicherung der Projekte durch die Kommune
- die Anlehnung der Vergütung der Beschäftigten an die Tarife im öffentlichen Dienst
- einen „Rettungsschirm“ für in der Existenz bedrohte Freiberufliche und Kleinbetriebe.

Demokratie in den Betrieben

Die privatwirtschaftlichen und öffentlichen Betriebe werden nach den Grundsätzen der Wirtschaftsdemokratie geführt, d. h. die Beschäftigten entscheiden über Produktion, Produkte und Produktivität ihrer Betriebe. Diese Entscheidungen erfolgen in Abstimmung mit den kommunalen EntscheidungsträgerInnen.

In den letzten Jahren haben wir es immer wieder erlebt, dass Betriebe ins Ausland verlegt wurden, Aktienkurse von Firmen stiegen, die Massenentlassungen durchgeführt oder Abteilungen und Bereiche ausgegliedert haben (Outsourcing) oder die Lohndumping, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und Arbeitszeitverlängerung durchgesetzt haben. Das Leben der Menschen, insbesondere der jungen, ist durch Arbeitslosigkeit, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung und Unsicherheit über die Zukunft geprägt.

Die Beschäftigten in den Betrieben und ihre gewählten Vertretungen haben keinen Einfluss darauf, was und wie produziert wird. Allein die Manager entscheiden ausschließlich unter kurzfristigen Renditegesichtspunkten. Eine Berücksichtigung volkswirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Aspekte bei den Unternehmensentscheidungen findet nicht statt.

Politik und Beschäftigte haben auch in unserem Landkreis zu wenig Einfluss in wirtschaftlichen Bereichen z. B. bei Verlagerungen und Verkäufen von Unternehmen.

Wir fordern

- Subventionen und Vergünstigungen für (insbesondere gefährdete) Betriebe werden an Auflagen gebunden, die die Einbeziehung betrieblicher Vertretungen gewährleisten.
- Stadt und Landkreis legen regelmäßig Berichterstattung über die Lage ansässiger Betriebe vor und zeichnen Beispiele für gute betriebliche Mitbestimmung aus.

Die MandatsträgerInnen der LINKEN stehen als AnsprechpartnerInnen für Belegschaften und ihre Vertretungen zur Verfügung und beraten sich mit den Vertretungen, wo es um kommunale Aktivitäten geht.

Soziales

1. Wir die Linke in Celle setzen uns dafür ein, dass die vom Landkreis Celle gemachten Kürzungen bei der Erstananschaffung von Elektrogeräten zurück genommen werden. Zurzeit dürfen Hartz IV und Sozialgeldempfängerin Celle nur noch Gebrauchtgeräte erwerben. Diese sind in der Regel erstens Stromfresser und Strom muss aus der Regelleistung bezahlt werden, also z.B. bei Essen oder Bildung abgezackt werden!

Zweitens besitzen diese keine lange Lebenserwartung müssen also bald wieder ersetzt werden und dann aus den „Ersparnissen“ der Betroffenen aufgebracht werden.

Dieses ist auch unter ökologischen Gesichtspunkten nicht nachzuvollziehen!

2. Wir fordern auch eine sofortige Rücknahme der willkürlichen 30%igen Kürzung der Erstausrüstung bei Schwangeren.

3. Abschaffung aller 1 Euro Jobs, da diese reguläre Arbeitsplätze vernichten und für die Betroffenen keinen Weg aus der Erwerbslosigkeit bringt!

4. Einführung eines Mietspiegels, da das Wohnmarktgutachten im Landkreis Celle immer noch geringere Mietkosten beinhaltet als die Wohngeldtabelle vorsieht. Diese Praxis führt sonst zu Zwangsumzügen von Sozialgeld- und Arbeitslosengeld II Empfängern. Und damit zu noch höheren Ausgaben.

5. Für ein Celler Sozialticket im ÖPNV. Wir setzen uns für die Einführung eines Sozialtickets ein, das einkommensschwachen und ärmeren BürgerInnen die preiswerte Nutzung des ÖPNV ermöglichen soll. Ein attraktiver ÖPNV zu erschwinglichen Preisen ist angesichts steigender Kosten für und durch den Individualverkehr sowie der sich anbahnenden Klimakatastrophe Schwerpunkt

der Kommunalpolitik der LINKEN. Nach Auffassung der LINKEN sollte ein Sozialticket nicht mehr als höchstens 15 Euro kosten und u.a. für folgenden Personenkreis gelten: EmpfängerInnen von Grundsicherung und Sozialgeld nach SGBII (Hartz IV) EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (SGB XII) Menschen mit geringen Renten oder geringem Erwerbseinkommen (d.h., das Einkommen darf maximal 10% über dem Sozialhilfe- oder ALG II-Satz liegen) BewohnerInnen von Alten- und Pflegeheimen, die wegen Sozialhilfebezug nur ein kleines Taschengeld bekommen EmpfängerInnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

6. Wir fordern täglich eine warme Mahlzeit inklusive Obst für jedes Kind in Schulen, Kindertagesstätten und Kindergärten. Als erster Schritt kann in jedem Ort eine zentrale Schülersmense eingerichtet werden.

Finanzen

Kommunale Bürgerhaushalte fördern

Bürgerhaushalte sollen in den Kommunen sorgsam vorbereitet und eingeführt werden. Unter zur Verfügungsstellung aller notwendigen Informationen muss die aktive Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen zur Haushaltsaufstellung und -kontrolle gesichert sein, wobei die Voraussetzungen für eine breite Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden müssen.

Seit vielen Jahren wird in Porto Alegre das Verfahren des partizipativen Haushalts angewandt: Bevor das Stadtparlament den Haushalt beschließt, können die Bürgerinnen und Bürger in Stadtteilversammlungen festlegen, was sie für besonders wichtig halten. Die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger darüber, welche Investitionen getätigt werden, hat sich nicht nur als demokratisch, sondern auch als sehr effektiv erwiesen. Die Idee des partizipativen Haushalts findet inzwischen weltweit immer mehr Zuspruch.

Diese Form der Konsolidierung unter Einbeziehung des Sachverständes der Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Kommune sollte als Chance zur Einbeziehung neuer Ideen und Konzepte verstanden werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sind in die Haushaltspolitik der Kommunen einzubeziehen. Dazu müssen Gremien zur Sicherstellung einer breiten Teilnahme und Mitbestimmung der Bevölkerung auch auf Stadtteil-, Ortsteil- und Gemeindeebene geschaffen werden.

In diesen Gremien, unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, ist der Haushalt der jeweiligen Kommune allgemein verständlich darzustellen, die Problemlagen sind zu ermitteln und aufzudecken.

In diesen Bürgerversammlungen werden Alternativen diskutiert und Lösungen gemeinsam entwickelt.

Die dauerhafte Wirksamkeit geplanter Investitionen einschließlich ihrer Folgekosten ist zu hinterfragen. Großprojekte privater Investoren, die mit kommunalen Beteiligungen oder anderen kommunalen Vorleistungen verbunden sind, bedürfen besonderer kritischer Prüfung.

Im Anschluss an die Haushaltsverabschiedung sind die Bürgerinnen und Bürger umfassend darüber zu informieren, welche ihrer Anregungen in den Haushalt eingeflossen sind und welche (und warum) nicht.

Wir warnen aber auch vor möglichen Fehlentwicklungen: Der Grundgedanke des Bürgerhaushalts würde pervertiert, wenn nur noch darüber abgestimmt wird, welche Variante einer von oben verordneten Sparpolitik umgesetzt werden soll.

Im Rahmen des Bürgerhaushalts muss über alle Einnahmen- und Ausgabenpositionen eines Haushalts diskutiert werden können.

Für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen

Erhaltung der Demokratie vor Ort

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen befinden sich an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit.

Die kommunale Finanzausstattung ist dramatisch. Das verfassungsmäßig garantierte kommunales Selbstverwaltungsrecht wird so immer mehr ausgehöhlt. Man muss sich die Situation der Haushalte als Pyramide vorstellen:

Der untere, größte Bereich der Pyramide stellt den Aufgabenbereich der Kommunen dar. Der mittlere den der Länder und der obere Bereich die Aufgaben des Bundes. Bei der Finanzausstattung wird die Pyramide auf den Kopf gestellt: die Kommunen verfügen über 14% der Finanzmittel, das Land über 40% und der Bund über 42% (Rest EU). Also: die meisten Aufgaben, aber die wenigsten Mittel!

Die dramatische Haushaltsentwicklung der Städte, Gemeinden und Landkreise ist zum weitaus überwiegenden Teil nicht von den Kommunen selbst verschuldet. Sie ist vielmehr die Folge des Vollzugs von kommunalfeindlichen Bundes- und Landesgesetzen, verschärft durch den Einbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es gibt aber auch kommunalpolitische Sünden in den Vergangenen der Celler Kommunen und im Landkreis, wie z. B. unsinnige Straßenbauprojekte, externe und teure Gutachten und einiges mehr!

All das wirkt sich negativ auf die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden der Menschen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie auf die Rahmenbedingungen der örtlichen Wirtschaft aus.

Unter Stellenabbau und fortwährendem Privatisierungsdruck haben die Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen zu leiden. Die ausbleibenden kommunalen Investitionen wiederum treffen insbesondere das lokale Handwerk und örtliche Bauunternehmen sowie deren Beschäftigte. Die Kommunen sind nicht mehr in der Lage, ihrer Rolle als wichtigster öffentlicher Auftraggeber gerecht zu werden.

Für die Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und des Landkreises fordert DIE LINKE:

Die bereits beschlossenen Steuersenkungen, die zu Mindereinnahmen der Kommunen geführt haben bzw. weiter führen werden, müssen zurückgenommen werden. Auf weitere Steuersenkungen muss die Bundesregierung verzichten.

Die Gewerbesteuer steht den Kommunen zu. Die Gewerbesteuerumlage, mit der sich Bund und Länder an den kommunalen Einnahmen bedienen, muss deshalb abgeschafft werden.

Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen sollte insgesamt erhöht und das Steueraufkommen der Städte und Gemeinden nachhaltig vergrößert werden. Vorrangig ist dabei, die Gewerbesteuer als wichtigste eigene Einnahme der Städte und Gemeinden mit Hebesatzrecht zu erhalten und zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterzuentwickeln. Dadurch soll die hohe Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer verringert werden. Die entsprechend zu entrichtende Gemeindegewerbesteuer soll mit der jeweiligen Zahlung der Einkommensteuer verrechnet werden. Darüber hinaus soll die Bemessungsbasis der bisherigen Gewerbesteuer deutlich verbreitert werden.

Die Grundsteuer ist so zu reformieren, dass die Kommunen eigene Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und die Hebesätze lokal differenziert festlegen können, um steuernd auf zu fördernde Siedlungsentwicklungen, aber auch auf unerwünschten Flächenverbrauch einwirken zu können.

Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II, der Grundsicherung im Alter, bei der Erwerbsminderung, bei Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen sowie der Kosten für die Umsetzung eines Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz unter drei Jahren muss bedeutend erhöht werden. Er ist regelmäßig an die tatsächlich entstehenden Kosten anzupassen.

DIE LINKE fordert, dass alle gesetzlichen Einschränkungen aufgehoben werden, die es den Kommunen zurzeit verbieten oder erschweren, selbst wirtschaftlich tätig zu sein und so eigene Einnahmequellen zu erschließen. Wichtig ist, dass der

Privatisierungsdruck von den Kommunen genommen wird, damit die Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, Konzessionsabgaben, Gewinnbeteiligungen und andere Einnahmen aus kommunalen Betrieben oder Beteiligungen zu erzielen.

Unter den Bedingungen, die Kommunalpolitikerinnen und -politiker vorfinden, wird häufig in den Gemeinden die eigene Finanzpolitik als alternativlos dargestellt. Trotz der gerade auch von uns immer wieder kritisierten Rahmenbedingungen ist dies tatsächlich fast nie der Fall. Ob und welche Investitionsvorhaben für Großprojekte getätigt werden, in welcher Höhe für repräsentative Ausgaben Geld verschleudert wird und in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Wirtschaftsförderung gewährt wird, ist immer ein Entscheidungsprozess, der verschiedene Lösungen zulässt.

Kommunale Finanzentscheidungen hängen häufig mit Umverteilungen öffentlicher Gelder in private Taschen zusammen. Es besteht stets die Aufgabe, kritisch zu überprüfen, zu welchen Preisen städtische Grundstücke gekauft oder verkauft werden und offen zu legen, wer von diesen Entscheidungen im Einzelfall profitiert.

Es ist nicht auszuschließen, dass wir im Einzelfall unter dem anhaltenden Finanzdruck in den Kommunen auch dafür eintreten werden, den Hebesatz für kommunale Steuern (Grundsteuer und/ oder Gewerbesteuer) zu erhöhen. Gerade bei der Gewerbesteuer ist dies auch vertretbar, weil die Unternehmen durch die in Berlin beschlossene Steuerreform nachhaltig entlastet worden sind und die Gewerbesteuer ihrer Struktur nach eine Gewinnsteuer ist, die ganz kleine Betriebe durch Freibeträge sogar von der Steuer freistellt.

Energie

Mit dem „Atom-Konsens“ ist uns ein erster Etappensieg gelungen, die parteiübergreifenden Bündnisse vor Ort und die spontane Unterstützung vieler Bürger z.B, bei den Montagsdemonstrationen haben den Atomkonsens möglich gemacht. Wir haben gezeigt, dass wir zusammen etwas bewegen können.

Vielen Dank dafür !

Der Partei die Linke gehen die eingeleiteten Schritte auf Bundes und Landesebene nicht weit genug. Der Atomausstieg wurde nicht wie von der Linken gefordert im Grundgesetz verankert und es wurden bewusst Schlupflöcher offen gehalten. Auch stehen eine europäische und eine weltweite Regelung noch nicht auf der Agenda.

Die Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnik solange noch Atomkraftwerke in Betrieb sind und kein Endlager für den Atommüll in Deutschland gefunden wurde.

Der weitere Betrieb von Atomkraftwerken und die Durchführung von Atommülltransporten durch unseren Landkreis gehen auf Kosten der Sicherheit unserer Bürger und der beruflich verpflichteten Angestellten.

Es ist Stand der Forschung, dass Salz nicht als Endlager geeignet ist und zum Beispiel Tonschiefer eine geeignetere Geologie darstellt.

Bis ein sichererer Standort in Deutschland gefunden ist muss der vorhandene Atommüll bei den Verursachern bleiben um nicht zweimal, beim zweiten Mal mit weitaus höherem Risiko, durch unseren Landkreis transportiert zu werden.

Insbesondere Deutschland, das Land in dem 1938 als Erstes die Möglichkeit der Kernspaltung nachgewiesen wurde, sollte jetzt auch vorangehen um Alternativen zur Energieerzeugung zu schaffen.

Die Linke fordert die schnellstmögliche Nutzung der erneuerbaren Energien vor Ort und die Förderung der Vernetzung mit anderen Regionen.

Das Kernwaffentechnologie getriebene Atomzeitalter und das Zeitalter von emissionsstarker Kohle und „billigem“ Öl sind vorbei.

Die zunehmenden Emissionen von Treibhausgasen, bedingt durch den höheren notwendigen Einsatz von Energie zur Förderung der noch verbliebenen Ressourcen, werden weltweit zu rasant steigenden Temperaturen führen.

Auch wir werden uns vor Ort auf zunehmende lokale Wetterextreme einstellen müssen.

Es ist Zeit zu handeln!

Wir fordern,

Nachhaltiges Wirtschaften statt Reichtum auf Kosten der Zukunft!

Die Zukunft muss bestimmt werden von erneuerbaren Energien, Vernetzung und mehr Energieeffizienz.

Die Linke setzt sich wie auch in den vergangenen Jahren, dafür ein, dass die Energiewende vor Ort endlich eingeleitet wird.

Ein Beispiel, rund 99 % des Inneren der Erde ist wärmer als 1000°C. Auch Unternehmen im Landkreis Celle hätten die Möglichkeit Technologien zu entwickeln, um diese Ressource Schritt für Schritt kosteneffektiv zu erschließen. Bundes-, Länder- und kommunale Initiativen werden jedoch weitestgehend durch auf kurzfristiges Wachstum und kurzfristigen Gewinn orientierte Unternehmen im Zusammenspiel mit politischen Entscheidungsträgern blockiert, behindert oder nicht ausreichend gefördert. Die musste auch der in Celle gegründete Verein GeoEnergy spüren. Die Förderung des Landes und des Bundes fokussiert weiterhin überwiegend auf Nutzung un stetiger Wind- und Solarenergie, als auch auf Energie aus mit Nahrungsmitteln konkurrierender Monokultur-Biomasse.

Warum sollen diejenigen, die am meisten von der jetzigen Situation profitieren sich für eine Veränderung einsetzen?

Nur die Energiewende vor Ort, welche alle lokal vorhanden Ressourcen über und unter der Erde nutzt, in Kombination mit lokaler und überregionaler intelligenter Vernetzung ist die Chance für eine von den Bürgern selbst getragene sichere und umwelterhaltende Energieversorgung jetzt und in der Zukunft.

Diese entzieht den Kriegen um Ressourcen den Boden, sichert damit Leben und Gesundheit der Menschen in Deutschland, und erst recht in den betroffenen Ländern deren Bodenschätze wir für uns beanspruchen.

Die Energiewende vor Ort sichert zahlreiche Arbeitsplätze in der Region, fördert die Stärkung von langfristig orientiertem Mittelstand und Handwerk, und sorgt somit für die dringend benötigten Einnahmen und nachhaltige Versorgungssicherheit bei den Kommunen.

Um eine unabhängige kommunale Energieversorgung im Landkreis Celle zu realisieren sind ein Konsens und eine Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg dringend gefordert.

**Wir fordern,
Rekommunalisierung jetzt!**

Strom in Bürgerhand

In diesem Jahr laufen in Niedersachsen zahlreiche Konzessionsverträge zwischen E.ON und den Gemeinden und Städten ab. Der Energiekonzern betreibt laut Vertrag die Nieder- und Mittelspannungsnetze in den Gemeinden und kassiert dafür von den Bürgerinnen und Bürgern einen Teil ihrer Stromrechnung (sogenannte Netzentgelte).

Nach Ablauf der Verträge können die Kommunen bestimmen, wer in Zukunft ihre Netze betreiben soll. Sie können die Netze auch zurückkaufen. Manche von ihnen – wie z.B. Wolfhagen, haben längst diese Entscheidung getroffen. Andere, wie z.B. Hannover waren noch schlauer und haben die eigenen Stadtwerke gleich

behalten und das Stromnetz nicht verkauft. Bis zum Jahr 2015 will Wolfhagen mit einem Mix aus Windkraft, Fotovoltaik und Biomasse den Strombedarf aller Haushalte im Stadtgebiet decken. Auch Großalmerode ist diesen Schritt bereits gegangen und wird das Stromnetz, zusammen mit den städtischen Werken Kassel, wieder in kommunale Trägerschaft überführen.

Strom gehört zur Grundversorgung. Die Verteilung muss daher in kommunale Trägerschaft überführt werden und einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Die LINKE Celle wird sich dafür einsetzen, dass auch Celle, zusammen mit anderen kommunalen Partnern, die Stromnetze wieder selbst übernimmt und somit unmittelbaren Einfluss auf die Energiepolitik vor Ort nehmen kann.

Die Linke ist sich bewusst, dass die Stromkunden ihren Lieferanten frei wählen können. Leider sind viele Verbraucher eher träge und vertrauen ihrem lokalen Stromversorger. Unseres Erachtens hat der E.ON Gesamtkonzern dieses Vertrauen verspielt, da er weiterhin auf veraltete Kraftwerksstrukturen setzt und sich durch die Bundesregierung den Weiterbetrieb ihrer alten Atomkraftwerke genehmigen lässt. Die Stadt Tübingen hat vorgemacht, wie man die Bürgerinnen und Bürger motivieren kann, den Stromanbieter zu wechseln. Die Stadt Celle soll 2011 beschließen, bis zum Jahr 2020 auf 100% erneuerbare Energie umzusteigen. Selbstverständlich fordern wir daher auch, dass die Stadt selbst zu einem Stromanbieter wechselt, der ausschließlich in erneuerbare Energie investiert. Dies muss nicht, wie private Nutzer wissen und trotzdem oft suggeriert wird, automatisch die Kosten in die Höhe treiben. Als Eigentümer des Netzes könnte auf die möglichst intelligente Tarifgestaltung Einfluss genommen werden (z.B. das Anbieten von Tag z.B. 20 Cent, Wochenend- und Nachtstromtarifen z.B. 10 Cent, und damit Motivator zur Kappung der Verbrauchsspitzen schafft)

Die Gründung eines Regionalwerkes, in dem die Kommunen des Landkreises zusammen mit der E.ON die Stromnetze betreiben, kommt für uns nicht in Frage. Wir wünschen uns einen anderen Energie-Partner.

Im Rahmen einer eigenständigen kommunalen Energiepolitik ist es das Ziel der LINKEN, dass durch Erdwärme und Erdkälte, Fotovoltaik, Solarwärme, Biogas-Blockheizkraftwerke (nicht auf der Grundlage von Monokulturen), Holzheizkraftwerke, Wasserkraftwerke und Windenergieanlagen der Energiebedarf vollständig aus regenerativen Quellen gedeckt wird. Ein Umstieg auf 100% Energie bis zum Jahr 2030 verlangt schon heute klare und ambitionierte Schritte. Diesen Prozess wollen wir. Dabei ist es auch unser Ziel, den Anteil regionaler Erzeugung zu maximieren.

Neben der ökologischen Stromversorgung ist die Altbausanierung das wichtigste Instrument für den lokalen Klimaschutz. Wir setzen uns dafür ein, Hausbesitzer zu beraten, wie sie am besten ihr Haus dämmen können. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Sanierung des Celler Fachwerkbestandes.

Die solare und energieeffiziente Bauleitplanung steckt leider auch in Celle noch in den Kinderschuhen. Die vorhandenen Konzepte für klimagerechtes Bauen sollen dahingehend umgesetzt werden, dass Neubaugebiete nur noch mit Niedrigenergie- oder Passivhäuser bebaut werden dürfen.

Erst diese lokale Energiepolitik schafft und sichert eine Vielzahl von Arbeitsplätzen vor Ort, in Industrie, im Handwerk und im Handel.

Eine Umstellung auf 100% Erneuerbare Energie darf man sich nicht so vorstellen, dass die Gemeinde am Tag X einfach nur einen Schalter umlegt. Alle Akteure, alle NutzerInnen, die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde müssen hier mitgenommen werden. Das bedeutet, dass wir gute und überschaubare Informationen für alle erstellen müssen. Die Menschen müssen mitgenommen werden. Damit dies gelingen kann, muss ein nachvollziehbarer Plan für die kommenden 10 Jahre entwickelt werden. Dieser Plan muss Zwischenschritte erfahrbar machen und die BürgerInnen mitnehmen.

Für die Umsetzung des Gemeindebeschlusses "100% Erneuerbare Energie bis 2020" schlagen wir folgende erste Schritte vor:

1. Es wird ein Umstellungsplan mit den BürgerInnen im Dialog entwickelt.

-
2. Es werden Informationskampagnen geplant und durchgeführt.
 3. Zum Thema finden regelmäßige öffentliche Veranstaltungen statt. Hierbei wollen wir auf das vorhandene Wissen der Celler EinwohnerInnen zurückgreifen und Erfahrungen aufnehmen.
 4. Anreize für die EinwohnerInnen schaffen, den Wechsel zu Stromanbietern mit 100% erneuerbaren Energien vorzunehmen.
 5. Gründung eines "Fonds" zur Förderung der erneuerbaren Energien. Veröffentlichung aller Spender des Fonds: "Auf dem Weg hin zu 100% Erneuerbare Energie in Celle unterstützen uns folgende Spender."
 6. Förderung energieeinsparender Maßnahmen, z.B. der Einbau energieeffizienter Heizungspumpen durch die Gemeinde (Siehe Beispiel Tübingen – kostenneutraler Vorschlag)
 7. Einrichten einer Internetseite "Vorfahrt für ÖKO-Strom – Celle steigt um" mit folgenden Inhalten:
 8. Leistung aller Sponsoren, die dieses Projekt unterstützen.

Dazu einige Beispiele:

- Firmen und Unternehmen, die sich an der Kampagne beteiligen (Geldspenden, Link zur "Vorfahrt ÖKO-Strom-Seite" auf der firmeneigenen Homepage, Satz Plakate / Flyer spenden,)
- 100% ÖKO-Stromlieferanten
- Gewerbetreibende / Handwerksbetriebe, die z.B. hocheffiziente Heizungspumpen einbauen oder sonstige Leistungen für das Ziel "100% Erneuerbare Energie" zur Verfügung stellen
- Bürger, die sich ehrenamtlich, durch Spenden oder sonstige Leistungen beteiligen
- Die Gemeinde sucht eine enge Zusammenarbeit mit ÖKO-Stromanbietern
- Parallel dazu wird eine Gesellschaft (Versorgungswerk) mit Bürgerbeteiligung für den Rückkauf der Stromnetze, Erzeugung, Ein- und Verkauf von ÖKO-Strom gegründet.
- Sicherung der unabhängigen Stromversorgung für medizinische und soziale Einrichtungen z.B. „Sicherung der Stromversorgung des AKH über kommunale Wasserkraft und Biogasanlagen“
- Wärmeversorgung von öffentlichen Einrichtungen über Erd- und Solarwärme oder noch besser über Kraft-Wärme- Kopplung damit würden diese Einrichtungen zu Stromproduzenten und nicht nur zu Stromverbrauchern.

Zum Schluss

Unser Celle Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2011 verstehen wir mehr als Beratungsmaterial von Arbeitsgruppen des Kreisverbandes Celle zur Programmarbeit.

Wir verstehen unsere Ergebnisse also als offen.

Die Linke Landesverband Niedersachsen hat ein Rahmenwahlprogramm zur Kommunalwahl in Niedersachsen 2011 verabschiedet.

Dieses Rahmenwahlprogramm ist die Grundlage unserer Erarbeitung

Die Linke

Kreisverband Celle, im Mai 2011

www.DieLinke-Celle.de

Erstausgabe Revision 5.1: 28.05.2011

Revision 6.0 18.07.2011

- Überarbeitung des Abschnittes Energie